

JAHRESBERICHT
DER SP STADT ZÜRICH
2017/2018



INHALTSVERZEICHNIS

BERICHT DER GESCHÄFTSLEITUNG	3
BERICHT AUS DEM GEMEINDERAT	7
BERICHT DER STADTRATSFRAKTION	9
BERICHT DER SP 60+ STADT ZÜRICH	12
BERICHT DER JUSO STADT ZÜRICH	13
BERICHT DER SP MIGRANTINNEN STADT ZÜRICH	14
BERICHT DER JUSTIZKOMMISSION	16
BILDUNGSAUSSCHUSS: LITERATUR UND WEITERBILDUNG	17
BERICHT AUS DER SCHULPOLITISCHEN KOMMISSION	18

BERICHT DER GESCHÄFTSLEITUNG

An ihrer Sitzung vom **12. April 2017** wurde von der **GL** die Unterstützung des Referendums gegen die Streichung der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene beschlossen.

An der **GL-Sitzung** vom **24. Mai 2017** wurde über mögliche Themen für die Gemeindewahlen 2018 gesprochen sowie das Budget für den Wahlkampf verabschiedet.

An der **Jahresdelegiertenversammlung** vom **29. Juni 2017** wies Co-Präsidentin Gabriela Rothenfluh in ihrer Rede auf die kommenden Gemeindewahlen vom 4. März 2018 hin. Die SP wolle das Stadtpräsidium mit Corine Mauch verteidigen, unsere vier StadträtInnen im Amt bestätigen und die linke Mehrheit im Gemeinderat erringen. Zürich müsse für alle bezahlbar bleiben und der Verkehr menschen- und stadtverträglich gestaltet werden. Das Quartierleben und damit die Seele der Stadt müssten gestärkt werden. Und die SP wolle die digitale Revolution sozial und demokratisch gestalten.

Claudia Nielsen verabschiedete die langjährige politische Sekretärin Emy Lally. Emy sei eine treue Seele, habe viele politische Ämter besetzt und sich immer mit vollen Engagement für die Partei eingesetzt. 2004 war sie Ratspräsidentin des Kantonsrats. Emy Lalli bedankte sich ganz herzlich für all die Geschenke und den lieben Abschied.

Marco Denoth und Gabriela Rothenfluh wurden per Akklamation und unter Verdankung in ihrem Amt als Co-Präsidium bestätigt. Ebenfalls gewählt wurde der amtierende Finanzdelegierte Chris Nestel.

Die bisherigen GL-Mitglieder Felix Hoesch, Oliver Heimgartner, Liv Mahrer, Linda Bär, Barbara Haller und Samuel Schweizer wurden im Amt bestätigt. Neu gewählt wurden Tiba Ponnuthurai und Jonas Keller.

Der Prix Enzo 2017 wurde an Guolf Juvalta von der SP 1&2 verliehen. Sabine Ziegler würdigte Guolf Juvalta's Engagement für die SP.

Folgende Parolen wurden für die Abstimmungen vom 24. September 2017 gefasst:

- Erstellung Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal, Zürich-West, Objektkredit von 24,5 Millionen Franken: JA
- Gemeindebeschluss «Rationelle Verwendung von Elektrizität» vom 5. März 1989, Aufhebung: JA
- Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen: JA
- Cabaret Voltaire, langfristige Sicherung durch Liegenschaftentausch mit der Anlagestiftung Swiss Life: JA

An der **GL-Sitzung** vom **5. Juli 2017** wurde die Unterstützung der Abstimmungskampagne „Integrationsstopp Nein“ beschlossen.

Am **24. August 2017** fand die **konstituierende GL-Sitzung** statt. Liv Mahrer wurde als Vizepräsidentin bestätigt.

Folgende Ressortverteilungen wurden vorgenommen:

Präsidium: Gabriela Rothenfluh und Marco Denoth (gewählt an der DV)
Vizepräsidium: Liv Mahrer
Finanzdelegierter: Chris Nestel (gewählt an der DV)
Personalausschuss: Marco Denoth und Chris Nestel
Finanz und Wirtschaft: Chris Nestel und Linda Bär
Polizei und Sicherheit: Linda und Jonas Keller
SP intern / Interne Bildung: Liv Mahrer und Tiba Ponnuthurai
Schule / Bildung: Chris Nestel und Gabriela Rothenfluh
Soziales / Migration / Integration: Jonas Keller und Oliver Heimgartner
Gesundheit: Liv Mahrer und Barbara Haller
Umwelt und Energie: Samuel Schweizer und Liv Mahrer
Verkehr: Felix Hoesch und Marco Denoth
Stadtentwicklung/Wohnen: Barbara Haller und Marco Denoth
Nachwuchsförderung: Tiba Ponnuthurai und Barbara Haller

Ausserdem beschloss die GL der DV die Lancierung einer „Velo-Initiative“ zu empfehlen, mit der die Erstellung von 50km Veloschnellrouten gefordert wird.

An ihrer Sitzung vom **13. September 2017** entschied die **GL** über das Key-Visual „Zürich. Die offene Schweiz.“ für die Gemeindewahlen.

Die **ausserordentliche DV vom 14. September 2017** stand ganz im Zeichen der nahenden Gemeindewahlen.

Marco Denoth und Gabriela Rothenfruh freuen sich auf den ersten grossen Wahlkampf, den sie als Co-Präsidium bestreiten werden. Die SP habe die Stadt zu dem gemacht, was sie heute sei: Eine attraktive Stadt mit gesunden Finanzen, einem funktionierenden Gesundheitswesen und Bildungssystem, die die Energiewende vorantreibt. Die Kehrseite davon sei, dass Zürich nicht mehr für alle bezahlbar sei. Die SP halte dagegen und Sorge für bezahlbare Wohnungen und für ausreichende Kinderbetreuungsangebote. Die rechten Parteien tanzten nach der Pfeife der Wirtschaftsverbände. Deshalb brauche es wieder eine linke Mehrheit im Gemeinderat. Für den kommenden Wahlkampf brauche es eine geeinte starke SP, die weiterhin unsere Stadt mitgestalten will.

Überraschungsgast Etrit Hasler interviewte die vier StadträtInnen. Die Delegierten nominieren Raphael Golta, Claudia Nielsen und André Odermatt als StadträtInnen und Corine Mauch als Stadtpräsidentin.

Die Delegierten beschliessen zudem, die KandidatInnen der Grünen (Karin Rykart und Daniel Leupi) und der AL (Richard Wolff) zu unterstützen.

Mit dem „Stadtbrief“ wurden die Wahlkampfthemen präsentiert. Unter dem Slogan „Zürich, die offene Schweiz“ präsentierte Gabriela Rothenfluh vier Versprechen, die die SP ihren WählerInnen macht:

- Zürich ist bereit für die Arbeit der Zukunft: Die SP setzt sich ein für den Lehr- und Lernstandort Zürich und für Arbeitsplätze für Gewerbetreibende und Startups.
- Mehr bezahlbare Wohnungen: Die SP setzt sich ein für mehr bezahlbaren Wohnungen, gegen Spekulation mit Wohnraum und fördert die Zusammenarbeit mit Genossenschaften.

- Ein Stadtverträglicher Verkehr: Die SP will einen stadtverträglichen Verkehr, Veloschnellrouten, keinen Mischverkehr, sichere Trottoirs und verkehrsfreie Quartierzentren.
- Eine Stadt für alle: Die SP setzt sich ein für bezahlbare Kinderbetreuung. Alle Menschen in Zürich sollen an politischen Prozessen teilnehmen können.

Oliver Heimgartner erklärte die Wichtigkeit der Basiskampagne für die Wahlen. Diese werde für die Wahlen weiter entwickelt. Es gäbe das erste Mal seit Jahrzehnten wieder Haustürgespräche. Die CampaignerInnen stellten sich vor: Dimitri Aich betreut die Sektionen 3 und 11, Myrta Grubenmann betreut die Sektionen 10 und 12, Nicole Bieri betreut die Sektionen 1&2 und 4&5 und Marina Pavic betreut die Sektionen 6, 7&8 und 9. Zudem sind Lara Can und Lukas Uetz zuständig für die Tür-zu-Tür-Umfrage.

Am **PV vom 21. September 2017** wurden die Parolen für die Abstimmungen vom 26. November 2017 gefasst:

- Ausrichtung der Schulbehördenorganisation auf die schulische Integration und weitere Massnahmen zur Verbesserung der Führung im Schulwesen der Stadt Zürich, Änderung der Gemeindeordnung: JA
- Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Bau von Anlagen des Geschäftsfelds Energielösungen: JA
- Alterszentrum Mathysweg, Quartier Albisrieden, Ersatzneubau, Objektkredit von 63,25 Millionen Franken: JA
- Schulanlage Hofacker, Quartier Hirslanden, Ersatzneubau eines Sekundarschulhauses mit Dreifachsporthalle sowie Ausbauten in den Hauptgebäuden, Objektkredit von 33,8 Millionen Franken: JA
- Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative «Nachhaltige und faire Ernährung», Änderung der Gemeindeordnung: JA

Am **5. Oktober 2017** verabschiedete die **GL** ein Wirtschaftspapier, welches von einer Arbeitsgruppe verfasst wurde.

An der **GL-Sitzung vom 25. Oktober 2017** wurden möglich Innovationsthemen zum Beispiel zum Thema „Urban Citizenship“ diskutiert. Idee ist die Entwicklung von visionären Projekten für die Stadt Zürich.

Am **16. November 2017** setzte die **GL** eine AG ein, die sich dem Thema Spitälerstrategie widmet.

An einer **ausserordentlichen DV vom 25. November 2017** im Freien auf dem Bürkliplatz beschlossen die Delegierten die Lancierung der Velorouten-Initiative. Am gleichen Tag sammelten 100 Aktive in einer einzigartigen Sammelaktion rund 5000 Unterschriften.

Am **6. Dezember 2017** fand ein Austausch der **GL** mit Regierungsrat Mario Fehr statt.

Am **18. Januar 2017** beschloss die **GL** die Lancierung eines Pilotprojektes. Es sollen Konzepte erarbeitet werden, in welchen Bereichen die SP Stadt Zürich ein zivilgesellschaftliches Engagement aufbauen könnte und in dessen Rahmen in einem regelmässigen Rythmus zusammen mit geflüchteten Menschen ein Angebot geschaffen wird, das die SP, Flüchtlinge und nach Möglichkeit noch mehr Leute zusammenbringt.

Am **8. Februar 2018** diskutierte die **GL** das weitere Vorgehen nach dem Rückzug von Claudia Niensens Kandidatur. Ausserdem empfahl sie Matyas Sagi Kiss zu Handen des PV als Bezirksrat zu nominieren.

Der **PV vom 13. Februar 2018** nominierte den Wirtschaftsjuristen Matyas Sagi Kiss für die Wahl in den Bezirksrat.

Am **1. März 2018** verabschiedet die GL das **Budget 2018/19** und stimmtw einem Pilotprojekt Doorknocking zu.

An der **ausserordentlichen DV vom 12. März 2018** blickten Gabriela Rothenfluh und Marco Denoth auf den Wahlerfolg der SP vom 4. März zurück. Es habe sich gezeigt, dass die SP an ihren Taten gemessen werden und nicht an dem, was die Medien über uns schrieben. Wir hätten viel gemacht, und vieles richtig gemacht. Angefangen bei Zürich. Offen. Anders. Sie seien stolz auf eine ausgewogene Verteilung der Geschlechter auf unseren Listen. Beim Doorknocking sei man skeptisch gewesen, am Schluss haben wir an 7500 Türen geklopft. Der Zusammenhalt der Partei und der Wille etwas zu verändern habe sie beeindruckt. Der Entscheid von Claudia kam für uns zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Der Verlust des vierten Sitzes im Stadtrat tut weh.

Der Wahlerfolg sei ein Zeichen, dass die Bevölkerung mehr bezahlbare Wohnungen und mehr sichere Velorouten wolle.

Wir hätten das bessere politische Programm und das habe überzeugt. Die Linke gehe gestärkt aus dem Wahlkampf hervor und die SP als grosse Siegerin. In vier Jahren würden wir gemessen an dem, was wir erreichen, denn wir haben jetzt eine grosse Verantwortung. Die SP habe klare Forderungen, die von den WählerInnen ganz klar bestätigt wurden.

Gabriela und Marco bedankten sich herzlich bei allen für ihren unermüdlichen Einsatz.

Für die Abstimmungen vom 10. Juni wurden folgende Parolen gefasst:

- Gartenareal Dunkelhölzli (Objektkredit): JA
- Bürogebäude Eggbühlstrasse (Objektkredit und Erhöhung Projektierungskredit): JA
- Erweiterung VBZ-Busgarage Hardau und Ersatzneubau ERZ-Werkhof (Objektkredit): JA
- Wohnsiedlung „Herdern“ (Objektkredit): JA
- Volksinitiative „Wohnen und Leben auf dem Koch-Areal“: NEIN
- Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Koch-Areal (Objektkredit): JA
- Grundstück Mühleweg, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei (Objektkredit): JA
- Ausbildungszentrum Rohwiesen, Erweiterung (Objektkredit) JA
- Volksinitiative „Freier Sechseläutenplatz“: Stimmfreigabe zur Initiative, JA zum Gegenvorschlag, Stimmfreigabe beim Stichentscheid
- Pilotphase II Tagesschule 2025 (Objektkredit für 2018-2022): JA

Eine Resolution, welche die Gemeinderatsfraktion zur Ablehnung der Observationsverordnung in der Sozialhilfe auffordert, wurde nach intensiver Debatte knapp abgelehnt.

Gabriela Rothenfluh und Marco Denoth, Co-Präsidium der SP Stadt Zürich

BERICHT AUS DEM GEMEINDERAT

Personelles

2017 gab es bei der Fraktionszusammensetzung zwei Änderungen zu verzeichnen. Am 3.5.2017 wurde Andreas Edelmann, der sich vertieft mit Energie-Fragen beschäftigt hat, durch Niyazi Erdem ersetzt. Nach den Sommerferien rutschte Florian Blättler für Linda Bär nach, welche seit 2010 dem Rat angehörte. Zuletzt gehörte sie der Spezialkommission Finanzdepartement an, setzte sich aber insbesondere in gesellschaftspolitischen Fragestellungen ein. In den Fraktionsvorstand wurde an der Generalversammlung vom 12. April neu Renate Fischer für die zurücktretende Marianne Aubert gewählt. Ebenfalls gewählt wurde an diesem Tag Tanja Walliser als neue Fraktionssekretärin. Sie hatte diese Aufgabe bereits im Januar von Patrick Tscherrig übernommen, welchem die Wahlkampfleitung anvertraut worden war. Michèle Andermatt hat ab Mai die Mutterschaftsvertretung für Tanja Walliser übernommen und schliesslich die Aufgabe mit der Wahl am 25. Oktober definitiv angetreten. An der konstituierenden Gemeinderatssitzung im Mai durften wir Peter Küng zum neuen Gemeinderatspräsidenten wählen.

Themen

Mit dem Auftauchen einer schwarzen Kasse war klar, dass die Causa ERZ von einer parlamentarischen Untersuchungskommission begleitet werden muss. Diese wurde nach den Sommerferien einstimmig vom Gemeinderat eingesetzt.

Die Weisung zu den Eckwerten der städtischen Spitäler wurde von den anderen Parteien bereits sehr früh aus zwei verschiedenen Gründen angegriffen. Für die einen war sie zu wenig konkret, insbesondere was die Aussage zu einer Auslagerung betrifft, für die anderen war die bereits angedachte Fusion verfrüht. Die aufgestellten Eckwerte, welche die Stadtspitäler als Institutionen mit grosser sozialer Verantwortung positionierten, waren nicht bestritten - so u.a. die Versorgung der ganzen Bevölkerung unabhängig von der Höhe des Versicherungsgrades. Nebst dieser heftig geführten Diskussion waren aber die anderen Geschäfte im Gesundheitsbereich unbestritten: Der universitäre Geriatrie-Verbund, der Neubau der Kardiologie im Triemli und der Operationssaal im Waid.

Bei der städtischen Pensionskasse mussten wir eine Niederlage einstecken: Die Quote der Sparbeiträge ist neu 60/40 statt 62/38 auf Arbeitgeberin und ArbeitnehmerIn verteilt. Dies ist aus Sicht der städtischen Angestellten eine Verschlechterung – aber nicht nur für sie, gibt dies doch ein falsches Signal an die Privatwirtschaft.

Nach über zwei Jahren Kommissionsberatung hat der Gemeinderat die neue Vermietungsverordnung einstimmig gutgeheissen. Diese Harmonie sollte uns aber nicht täuschen: Der Forderung der rechten Parteien nach einer scharfen und absurd tiefen Einkommensgrenze, konnten wir mit einem Modell entgegenen, in dem sich nicht die einzelnen MieterInnen rechtfertigen müssen, sondern die soziale Durchmischung eine Zielvorgabe ist: Durch eine aktive Bewirtschaftung soll der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen von mehr als dem 6-fachen der Jahresmiete nicht 15% übersteigen.

Weiter wurde der Gestaltungsplan Überlandpark mit Änderungen genehmigt. Diverse Mietverlängerungen für Verwaltungsbüros wurden kontrovers diskutiert. Und die Züri-Modular-Pavillons waren stets Anlass grundsätzlich über die Schulraumplanung zu reden.

Schliesslich wurde zur Volksinitiative «Für ein weltoffenes Zürich – Kulturaustausch statt Fremdenfeindlichkeit» der JUSO ein Gegenvorschlag vom Stadtrat präsentiert, der nebst einer grossen Mehrheit des Rates auch die InitiantInnen überzeugte.

Gegen Ende Jahr hat sich natürlich auch in den Ratsdebatten der Wahlkampf bemerkbar gemacht. Das Trommeln der rechten Parteien konnte aber nur schwer die Leere ihres politischen Programms füllen.

Budgetdebatte / Rechnung

Im Budget 2017 war es wieder so, dass sich Top 5 mit massiven Kürzungen beim Personal profilieren wollten. Dies konnte verhindert werden. Zudem konnten dank des Stichtentscheids unseres Ratspräsidenten Peter Küng Lohnmassnahmen beschlossen werden, welche einen Teil des Rückstandes aus den vergangenen Jahren kompensieren. Schmerzlich waren Kürzungen der rechten Ratsseite - mitgetragen von der GLP - im Bereich der Sonderpädagogik. Die Auswirkungen sind ganz direkt: Kinder landen auf Wartelisten und bekommen nicht die notwendige Unterstützung. Und dies nachdem die Rechnung 2017 mit einem Überschuss von fast 300 Mio. CHF abgeschlossen hat und wir zum ersten Mal seit 2008 wieder bei über 1 Mia. CHF Eigenkapital sind.

Volksabstimmungen

In der Septemberabstimmung wurde in der Stadt Zürich der Erstellung eines Bundesasylzentrums auf dem Duttweiler-Areal klar zugestimmt. Gleichzeitig hat sich aber in der kantonalen Abstimmung der Sozialhilfestopp bei vorläufig Aufgenommenen durchgesetzt (u.a. Gemeindereferendum der Stadt Zürich) – leider auch in der Stadt Zürich. Unterschiedlicher könnten die Signale nicht sein: Einerseits versucht man mit einem vorbildlich geplanten Asylzentrum die Barriere zur Bevölkerung abzubauen, andererseits verweigert man die Möglichkeit für eine nachhaltige Integration. Am gleichen Tag wurde auf Kantonsebene auch der Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative angenommen. Die Auswirkungen für eine fortschrittliche Verkehrspolitik in unserer Stadt müssen sich noch zeigen; klar ist nur, dass sich mit diesem schlecht formulierten Verfassungsauftrag die Rechtssicherheit für die Umsetzung von Verkehrsberuhigungen verschlechtert hat.

Gleich zweimal durften wir über Rahmenkredite für das ewz abstimmen, je 200 Mio. CHF. Einerseits für den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen und andererseits für den Bau von Anlagen des Geschäftsfelds Energielösungen. Dies ist eine Konsequenz aus dem Nichteintreten auf die vorgeschlagene Auslagerung. Diese Rahmenkredite zeigen, dass eine demokratische Steuerung und Mitbestimmung sich nicht mit einem aktiven Marktauftritt beisst.

Klar angenommen wurde die Wohnbauaktion 2017, welche Darlehen für subventionierte Wohnungen sichert. Mit 90 Mio. CHF ist diese dreimal so hoch wie bei den bisherigen Verlängerungen. Im Bereich Kultur haben wir zwei wichtige Institutionen gestärkt: Tanzhaus und Cabaret Voltaire.

Die erhöhte Bautätigkeit bei den Schulanlagen ging auch dieses Jahr weiter. Gleich zwei Schulhäuser, Pfingstweid und Hofacker, wurden in der Volksabstimmung gutgeheissen. Parallel dazu wurden die Schulbehörden neu organisiert. Einschneidenste Massnahme ist die Auflösung der Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote.

Davy Graf, Fraktionspräsident der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

BERICHT DER STADTRATSFRAKTION

Zürich wächst. Die Stadt ist attraktiv und zieht immer mehr Menschen an, die hier leben und arbeiten wollen. Das ist nicht zuletzt auch der guten Arbeit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der ebenso guten Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat zu verdanken. Auch die Ergebnisse der Wahlen im März haben deutlich gezeigt: Die SP Stadt Zürich ist nah dran an den Themen, die durch dieses Wachstum an Aktualität und Dringlichkeit gewinnen. Und wir haben die richtigen Antworten geliefert auf die Fragen, die sich daraus ergeben und über die Parteigrenzen hinwegbewegen.

Es sind dies Fragen nach der Teilhabe am politischen Prozess für möglichst viele Zürcherinnen und Zürcher und nach einer ausreichenden Zahl von subventionierten Kinderbetreuungsplätzen. Fragen nach einer guten Gesundheitsversorgung für alle und der überfälligen Cannabislegalisierung. Aber auch nach einer sorgfältigen und nachhaltigen baulichen Entwicklung, die insbesondere auch dem steigenden Bedarf an öffentlichen Infrastrukturen Rechnung trägt.

Auch weiterhin ist es für uns SP-Mitglieder im Stadtrat eine Verpflichtung, diese Fragen zu beantworten und kluge Lösungen zu erarbeiten. Damit das Wachstum unserer Stadt eine Chance für alle ist.

Kultur- und Integrationspolitik

Unsere direkte Demokratie wird lebendiger, wenn möglichst viele Menschen daran teilnehmen. Ein Drittel der Bevölkerung aber lebt hier und zahlt hier Steuern, ohne mitbestimmen zu können. Das ist ein Demokratiedefizit. Wir haben deshalb fast 40 000 Zürcherinnen und Zürcher ohne Schweizer Pass über die anstehenden Änderungen bei den Einbürgerungskriterien informiert und sie ermuntert, eine Einbürgerung zu prüfen – mit sehr positivem Feedback.

Ausgesprochen positiv war das Feedback auch auf den Übergangsbetrieb nach dem Heimfall des Pavillon Le Corbusier im Jahr 2014. Die vier Ausstellungen zu Themen rund um das Schaffen und die Person Le Corbusiers verzeichneten bis zur temporären Schliessung des Pavillons im Oktober 2017 rund 35 000 Besuchende. Bis im Frühling 2019 wird der Pavillon nun instandgesetzt, bevor das Museum für Gestaltung als neue Trägerschaft übernimmt.

Ebenfalls als Erfolg werten konnten wir den Abschluss der Bestandsaufnahme im Projekt «Tanz- und Theaterlandschaft». Mit diesem Projekt schaffen wir die Grundlage, um die künftige Förderung zu diskutieren und festzulegen – notabene ohne Sparauftrag! In der Konzeptphase werden nun Vorschläge zur weiteren Stärkung von Qualität und Substanz der Tanz- und Theaterlandschaft erarbeitet. Dass dies einem Bedürfnis entspricht, hat nicht zuletzt das Resultat der Abstimmung zum Tanzhaus Zürich gezeigt: 65 Prozent der Stimmbürgerinnen und Bürger haben sich für einen jährlichen Unterstützungsbeitrag von maximal 1 827 166 Franken ausgesprochen.

Sozialpolitik

Die Zahl der subventionierten Kitaplätze in der Stadt konnten wir bis zum Jahresende weiter erhöhen. Die vom Stadtrat beschlossene Schliessung der Lücke in der Kinderbetreuung können wir damit bereits per Ende 2018 realisieren. So unterstützen wir Eltern mit mittleren und geringen Einkommen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sorgen dafür, dass sich Erwerbsarbeit für sie auch finanziell lohnt.

Unter dem Titel «Fokus Arbeitsmarkt 2025» haben wir im Jahr 2017 verschiedene Massnahmen zur Qualifizierung von Sozialhilfebeziehenden und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen beschlossen. Mit diesem Paradigmenwechsel weg von der Sanktionierung, hin zur Befähigung und Motivation, wollen wir ihre Chancen auf eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit erhöhen und die Sozialsysteme langfristig entlasten.

Im Flüchtlingsbereich schliesslich war das vergangene Jahr durch zwei Volksabstimmungen geprägt: Mit dem deutlichen Ja zum Bau des Bundesasylzentrums steht der Einführung der schnelleren und faireren Asylverfahren nichts mehr im Weg. Die kantonale Abstimmung zur Änderung des Sozialhilfegesetzes verlief hingegen weit weniger erfreulich: Vorläufig Aufgenommene werden in Zukunft nur noch Asylfürsorge statt Sozialhilfe erhalten. Die Stadt Zürich wird sich diesem Volksentscheid beugen – allerdings ohne die integrationspolitischen Erfolge der vergangenen Jahre leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Gesundheit, Alter und Umwelt

Ein Teil der Presse malte ein düsteres Bild über die städtischen Spitalfinanzen. In der Tat ist es so, dass die Auswirkungen des Systemwechsels hin zu einem Scheinmarkt nun sichtbar geworden sind. Wessen Behandlung nicht rentiert, wird zum Negativfaktor in der Erfolgsrechnung. In der Stadt Zürich gibt es viele Kinder, Alte, Mehrfach- oder Komplexkranke – und vor allem viele Allgemeinversicherte. Spitäler, die viele solche Patientinnen und Patienten behandeln, haben wenig Chancen auf einen Überschuss in der Erfolgsrechnung. Darüber hinaus wurde schon vor dem Systemwechsel über grosse Investitionen im Triemli entschieden. Das schlägt nun in hohen Anlagenutzungskosten und Zinsen zu Buche. Damit also die Stadtspitäler ihre hervorragenden Leistungen im neuen System auch in Zukunft erbringen können, braucht es eine Reihe von organisatorischen, finanziellen und politischen Änderungen. Damit hat sich der Stadtrat letztes Jahr intensiv befasst und einen Plan vorgelegt.

Die Gesundheitsversorgung der Stadt Zürich konnten wir weiterhin aus einer Hand steuern und Neuerungen lancieren. So bekommt fast jede und jeder eine hervorragende medizinische Versorgung, unabhängig von Einkommen und Vermögen. Auch in der Altersunterstützung haben Kostendruck und Scheinwettbewerb Einzug gehalten und auch hier dürfen wir sagen: In der Stadt Zürich bekommen alte Menschen Wahlmöglichkeiten und die Unterstützung, die sie brauchen. Zur einfachen Auffindbarkeit der Angebote haben wir die Informationsplattform Zuerich60plus.ch geschaffen. In der Palliativ- und in der Demenzpflege haben unsere Spezialistinnen und Spezialisten der Pflegezentren für Pionierleistungen verschiedene Erfolge und Preise verbuchen dürfen.

Harzig ist dagegen der Weg zur Cannabislegalisierung. Im letzten Jahr standen wir zusammen mit anderen Schweizer Städten kurz davor, ein Forschungsprojekt zum regulierten Cannabisverkauf zu starten. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wies jedoch das eingereichte Gesuch ab. Eine enttäuschende Entscheidung, die eine Weiterentwicklung der schweizerischen Drogenpolitik verlangsamt. Die Ablehnung des BAG hat aber die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier mobilisiert und entsprechende Vorstösse wurden eingereicht. Sollten die nationalen Diskussionen erfolgreich verlaufen, steht einem Pilotprojekt bald nichts mehr im Wege. Die Stadt Zürich ist auf jeden Fall bereit dafür.

In Umweltfragen geht es voran, wenn auch manchmal nur in kleinen Schritten: Die Luftqualität wird besser, während beim Lärm und beim Energieverbrauch noch viel zu tun bleibt. Sehr oft stossen wir dabei an die gläserne Decke der kantonalen, nationalen oder gar internationalen Gesetzgebung, wie beim Kerosin, wo eine Besteuerung dringlich wäre.

Hochbau

2017 hat der Kanton die Bau- und Zonenordnung (BZO) nach einer sehr konstruktiven Beratungsphase im Gemeinderat grösstenteils genehmigt. Das ist ein Erfolg, haben doch frühere Revisionen für ungleich heftigere Auseinandersetzungen gesorgt. Gerade vor dem Hintergrund des anhaltenden Bevölkerungswachstums ist die neue BZO 2016 von besonderer Bedeutung: Sie sorgt für die notwendigen Entwicklungsspielräume, ohne dass die Quartiere an Wohn- und Lebensqualität einbüßen oder ihre charakteristischen Bau- und Freiraumstrukturen verlieren. Und sie sichert die wertvollen Industrie- und Gewerbebezonen –

für eine vielfältige und durchmischte Stadt. Die Inkraftsetzung der BZO 2016 wird jedoch bis auf weiteres durch Rekurse blockiert. Insbesondere der Rekurs des Zürcher Heimatschutzes stellt die BZO bezüglich Berücksichtigung des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) grundsätzlich in Frage.

Von eminenter Wichtigkeit für die wachsende Stadt ist auch die Bereitstellung der benötigten Infrastrukturen zur richtigen Zeit am richtigen Ort. So haben wir etwa die Tätigkeit in der Schulhausplanung energisch vorangetrieben: Im Kreis 5 erfolgte auf dem Schütze-Areal im April letzten Jahres der Baustart für die Instandsetzung und den Umbau des Schulhauses Heinrichstrasse und im Juli wurde mit dem Bau der Schulanlage Pfingstweid begonnen. In Albisrieden wurde die Projektierung für den Neubau der Schulanlage Freilager vorangetrieben. Und für die geplanten Schulhäuser Allmend und Thurgauerstrasse wurden 2017 die Wettbewerbe entschieden. Der Ersatzneubau des Schulhauses Schauenberg war bis zum Jahresende bereits zu 80 Prozent abgeschlossen. Auch bei den Infrastrukturen für Sicherheit und Kultur konnten wir im 2017 Meilensteine erreichen: Die Objektkredite für das Ausbildungszentrum Rohwiesen und den Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei am Mühleweg wurden 2017 in der Kommission im Gemeinderat beraten und genehmigt. Im letzten Frühjahr wurde mit dem Ersatzneubau des Tanzhauses begonnen. Diese und weitere Bauprojekte leisten einen wichtigen Beitrag um den Bedarf an öffentlichen Infrastrukturen zu decken – Infrastrukturen für die Zürcher Bevölkerung.

André Odermatt, Stadtrat und Vorsteher Hochbaudepartement

BERICHT DER SP 60+ STADT ZÜRICH

Die von SP 60+ Kanton Zürich und dem Gewerkschaftsbund organisierte Vormaifeier hatte als wichtigstes Thema die Gesundheit und – aus aktuellem abstimmungspolitischen Anlass - die Privatisierung der Spitäler. Der Redner, Andreas Daurù, referierte sehr kompetent und zeigte die Probleme auf. Das Hauptreferat war umrahmt von Grussadressen befreundeter Organisationen und von Darbietungen des Chores Tigersprung.

An der GV der SP 60+ Kanton Zürich wurde Heinz Jacobi verabschiedet. Ursula Hauser und Inge Schädler stellten sich als neues Co-Präsidium zur Verfügung.

Im Juni sprach Min Li Marti über die Medienvielfalt im Zeitalter der Digitalisierung. Weil viele Menschen sich heute über das Internet informieren, abonnieren sie keine Zeitungen mehr. Dazu kommt, dass die Werbeeinnahmen rasant einbrechen. Die Zeitungen können so den Journalismus immer weniger finanzieren. Was tun? Das brillante und anregende Referat von Min Li Marti stiess auf grosses Interesse. Mit einer Fachperson über dieses Thema zu diskutieren war spannend und wurde von den Anwesenden gerne genutzt.

Ein Grosse Erfolg wurde die Gedenkveranstaltung vom 30. August über die Katastrophe von Mattmark. Der Referent, Prof. Sandro Cattacin von der Universität Genf, hatte in einer kürzlichen Studie aufgezeigt, dass die Bauherren des Staudammes und die Behörden eine Mitverantwortung tragen, damals im Prozess aber freigesprochen wurden. Nach einem Film über die damaligen Ereignisse berichtete Prof. Cattacin über seine Studie und beantwortete Fragen aus dem Publikum. Es entstand eine spannende Diskussion, auch dank der Anwesenheit von Karl Aeschbach und Alfred Messerli, welche damals die Ereignisse aus der Nähe mitverfolgt hatten und uns darüber berichteten. Auch der Saal im Kulturhaus war für diese Veranstaltung sehr geeignet. Wir danken insbesondere dem Hauswart, der uns bei der Filmvorführung half. Der Besuch war sehr gut; über 50 Leute waren gekommen, darunter auch viele aus MigrantInnenkreisen.

Am 11. November fand im Volkshaus der Herbstanlass der SP 60+ Schweiz zum Thema Migration statt. Er war sehr gut besucht. Die Referate von Prof. Dr. Gianni D'Amato von der Universität Neuenburg und von Heinz Gilomen, Vorstandsmitglied der SP 60 + Schweiz, waren sehr interessant und können – zusammen mit dem Positionspapier Migration - unter www.sp-ps.ch (Partei / SP60+) nachgelesen werden. Nach der Veranstaltung konnten die Teilnehmenden mit Nicola Behrens einen Stadtrundgang machen, um Orte zu besuchen, welche für Migrantinnen und Migranten besonders wichtig waren und sind.

Die letzte Veranstaltung des Jahres, am 8. Dezember, hatte zum Thema „Surprise – mehr als ein Strassenmagazin“. Die Ausführungen der Basler Referentin, Frau Pilling, über die verschiedenen Aktivitäten (Strassenfussball, Stadtführungen, Verkauf des Magazins) waren sehr klar und informativ. Die Verkäuferinnen und Verkäufer entwickeln sehr viel Eigeninitiative und verdienen unsere Unterstützung. Besonders beeindruckend und berührend war der Strassenverkäufer und Stadtführer Hans Rhyner, der uns aus seinem Leben mit seinen Hochs und Tiefs berichtete. Eine sehr gute Veranstaltung!

Der Vorstand ist motiviert weiterzumachen, und wir danken allen Mitgliedern für ihre Treue und ihren Einsatz.

Leider hat Hans Städeli im August aus Altersgründen seinen Rücktritt eingereicht. Wir danken Hans für sein grosses Engagement und seine vielen kreativen Ideen während unserer gemeinsamen Zeit. Am 22. September haben wir Hans und seine Frau Irma bei Kaffee und Kuchen in ihrer Altersresidenz besucht und uns mit einem kleinen Geschenk bei ihm bedankt.

Anna Guler und Vreni Hubmann, Co-Präsidium der SP 60+ Stadt Zürich

BERICHT DER JUSO STADT ZÜRICH

Das Jahr begann für die JUSO Stadt Zürich in vollem Tempo, nämlich mitten in der Sammelphase für unsere kommunale Initiative «Züri Autofrei», die das Jahr anschliessend prägen sollte. Gleichzeitig kam im Frühling 2017 die Schüler*innenbewegung auf, welche über Monate hinweg gegen Kürzungen im Bildungsbereich auf die Strasse ging. Mit unserer Arbeitsgruppe «Reclaim the Schools» beteiligten wir uns aktiv an der Diskussion und an den Protesten. Während den Sommerferien begannen die Planungen für den städtischen Wahlkampf. Im September entschied die Vollversammlung, Nina Hüsser ins Rennen um einen Stadtratssitz zu schicken und die JUSO-Kandidierenden auf den SP-Listen wurden nominiert. Zu dieser Zeit reichten wir auch die Initiative Züri Autofrei mit ca. 3500 Unterschriften bei der Stadt ein. Im Oktober lancierten wir mit der JUSO Schweiz die 99%-Initiative, seither haben wir in mehr als 7000 Unterschriften für diese gesammelt.

Für die städtischen Wahlen führte die JUSO einen eigenen Wahlkampf, den wir in die Medien, auf die Strassen und auf Social Media trugen. JUSO-Mitglieder beteiligten sich überdurchschnittlich stark am Basiswahlkampf der SP und lieferten so einen wichtigen Beitrag zum Wahlsieg. Die 13'000 Stimmen, welche Nina Hüsser erhielt, versüssten den Wahlsonntag umso mehr. Die Sitzgewinne der Linken lassen für die kommenden vier Jahre hoffen.

Ende Dezember wollte der Stadtrat die «Züri Autofrei» für ungültig erklären, doch durch intensive Diskussionen mit dem Gemeinderat wurde dieser Antrag im März abgelehnt. Kurz danach hat eine breite bürgerliche Allianz eine Stimmrechtsbeschwerde vor dem Bezirksrat unterstützt – die Gültigkeit der Initiative wird uns also noch eine Weile beschäftigen.

Auch parteiintern ist einiges gegangen. Mit der Gründung der AG Bildung, regelmässigen Bildungsveranstaltungen an Vollversammlungen und Roten Samstagen treiben wir die politische Bildung unserer Mitglieder voran. Zudem befinden wir uns mitten in der Erarbeitung eines städtischen Parteiprogrammes, welches die Grundlage für unser zukünftiges Handeln definieren soll. Die mehr als 100 Sitzungen und Veranstaltungen, dutzende Neumitglieder und unsere soliden Finanzen lassen auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Lara Can und Nicola Siegrist, Co-Präsidium der JUSO Stadt Zürich

BERICHT DER SP MIGRANTINNEN STADT ZÜRICH

Einbürgerungskampagne

SP MigrantInnen Schweiz hat 2016 einen Appell zur Einbürgerungskampagne lanciert. Die Kampagne läuft sehr erfolgreich und wird auch 2018 weitergeführt. Diverse EinbürgerungsberaterInnen haben an die hundert Beratungen gemacht. Die SP9 informiert im August über Änderungen beim Einbürgerungsverfahren. Zudem gab es ein grosses Medien-echo rund um den willkürlichen (Nicht)Einbürgerungsentscheid von Funda Yilmaz. Unsere Stadtpräsidentin Corine Mauch und Regierungsrätin Jacqueline Fehr nahmen die Kampagne auf und informierten niedergelassene AusländerInnen resp. die Gemeinden im Kanton Zürich über ihre Rechte. Als Folge davon ist die Zahl der Einbürgerungen 2017 deutlich angestiegen.

Abstimmung Einbürgerung der dritten Generation vom 12. Februar

Es fanden in Zürich mehrere Anlässe zur Abstimmungskampagne statt: Die AG Migration SP3 Zürich organisierte am 17. Januar einen Anlass mit Angelo und druckte Flyer zum Verteilen, von der SP Schweiz in zwölf Sprachen übersetzt hat:

Das deutliche Ergebnis am 12. Februar mit 60 %-Anteil kam auch dank dem grossen Engagement der SP MigrantInnen zustande.

SP Migrantinnen Zürich engagierte sich bei/mit:

- **Womens March** 18. März 2017
- Brief zur **Stärkung der politischen Mitwirkung von MigrantInnen in Gemeinden** im April.
- **1. Mai** 2017
- Podium über **Racial Profiling** mit der Kantonspolizei im Juni
- **SP Schweiz Sommeruni** im Wallis mit Vortrag über Migration und Rassismus im August
- **Lauf gegen Rassismus** 2017 zusammen mit Syndicom, T-Shirt gedruckt mit logo SP Migrantinnen und Syndicom im September
- Teilnahme an **Gründungsversammlungen SP MigrantInnen Bern und Aargau** im September resp. Dezember
- **Internationaler Tag der Migrantinnen** am 16. Dezember 2017
- Engagement für **City Card Zürich**
- Regelmässiger Kontakt zu **Angelo Barrile**, der SP MigrantInnen im nationalen Parlament vertritt.

Es fanden folgende Sitzungen statt:

Jahresversammlung SP Migrantinnen Schweiz im Juni in Bern

Mitgliederversammlung der **SP Migrantinnen Zürich** am 18.4. und 17.8.,

Sitzung **Vorstand** SP Migrantinnen Zürich am 12.5., 29.6. und 5.10. (inkl. Sitzung der **Migrationsverantwortlichen der Stadtzürcher Sektionen**).

Personelles:

Im Januar wurde Françoise Bassand als Co-Präsidentin der SP MigrantInnen Zürich verabschiedet und Yvonne Apiyo Brändle-Amolo gewählt. Cafer Sterk trat im Sommer als Co-Präsident zurück, an seiner Stelle wurde Fatima Lee gewählt. Der Vorstand besteht aus: Françoise Bassand, Angelo Barrile (Nationalrat), Yvonne Apiyo Brändle-Amolo (Präsidentin), Felix Hoesch (Kassier), Fatima Lee (Vizepräsidentin), Kannathasan Muthuthamby, Catia Porri und Cafer Sterk.

Im Februar wurden auf nationaler Ebene für die SP MigrantInnen Schweiz Françoise Bassand in die Geschäftsleitung der SP Schweiz delegiert, Yvonne Apiyo Brändle-Amolo für die Koordinationskonferenz und Cafer Sterk als Delegierter gewählt.

Im Mai sind Kannathasan Muthuthamby und Yvonne Apiyo Brändle-Amolo in den Vorstand SP MigrantInnen Schweiz (Delegiertenversammlung) gewählt worden. Françoise Bassand ist als Vizepräsidentin SP Migrantinnen Schweiz wiedergewählt worden.

Kommunikation

Die **Webseite** der SP Migrantinnen Schweiz informiert über Ziel, Zweck, Kampagnen, Veranstaltungen und Ansprechpersonen auf nationaler und kantonaler Ebene.

Auf kantonaler Ebene ist es 2017 mit der neuen Webseite noch nicht gelungen, SP MigrantInnen Zürich sichtbar zu machen. Dies ist nach wie vor eine Pendeuz.

Via **Social Media** erreichen wir viele Menschen, gewinnen u.a. auch neue Mitglieder und können unsere Kampagnen einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. Die Facebookseite ist seit zwei Jahren in Betrieb und hat 770 Likes. Das Twitterkonto besteht seit 2015 und hat 330 Follower.

In Mai wurde der neue **Newsletter** lanciert, der viermal jährlich erscheint.

Fatima Lee, Vizepräsidentin SP MigrantInnen Zürich

BERICHT DER JUSTIZKOMMISSION

In der Berichtsperiode haben sich innerhalb der SP-Fraktionen am Bezirksgericht Zürich und bei den ordentlichen StaatsanwältInnen des Bezirks Zürich keine personellen Änderungen ergeben. Die Justizkommission hatte deshalb im Jahr 2017 keinen Anlass zusammenzutreten.

Auf die Jahres-DV im Juni 2017 hin erklärte Catherine Heuberger-Golta ihren Rücktritt aus der Kommission. Für ihren engagierten Einsatz bei der Prüfung der SP-Kandidaturen für die Mandate am Bezirksgericht und bei der Staatsanwaltschaft sei ihr an dieser Stelle herzlich gedankt. Eine personelle Ergänzung erfolgte nicht, da die Kommission mit 10 Mitgliedern immer noch ausreichend besetzt ist.

Weiterhin können Informationen zu den Aufgaben der Justizkommission, dem Nominationsverfahren für SP-Stellen am Bezirksgericht Zürich und bei den ordentlichen StaatsanwältInnen des Bezirks Zürich, den Bewertungskriterien und der Zusammensetzung der Kommission unter dem (neuen) Link [SP Stadt Zürich – SP Stadt Zürich](#) eingesehen werden.

Flurina Schorta, Präsidentin der Justizkommission

BILDUNGSAUSSCHUSS: LITERATUR UND WEITERBILDUNG

Der Bildungsausschuss der SP Stadt Zürich organisiert verschiedene kulturelle Anlässe. Ergänzend veranstaltet die Arbeitsgruppe Interne Bildung (AGIB) Kurse zu aktuellen Themen der Stadtzürcher Politik.

AGIB:

Die Bildungskurse der Arbeitsgruppe interne Bildung finden Anklang und werden jeweils in der regelmässigen Auswertung mit gut bis sehr gut bewertet. Im Juni wurde das Thema „Spitäler unter Druck. Zukunft des öffentlichen Gesundheitswesens“ mit hochkarätigen Spezialistinnen und Spezialisten angegangen, die das komplexe Themen Laien nahebringen und verständlich machen konnten. Insbesondere wurde auch deutlich, wie ein neoliberaler Musterkanton Zürich verhindert werden kann, in der das Gesundheitswesen zur blossen Goldgrube für Investoren verkommen würde.

Der Kurs „Zürich – eine Stadt für alle statt für wenige?“ formulierte Vorschläge, wie wir von Verdrängung bedrohte Gruppen noch besser integrieren können. Dabei wurde ein grosses Spektrum von konkreten Vorschlägen diskutiert, von sozialverträglichen Sanierungen von Siedlungen und ausgebauter Mitsprache in der Gestaltung von öffentlichen Räumen bis zu Anlaufstellen für Personen, die von Verwaltungsabläufen und juristischen Details überfordert sind.

Der dritte Kurs mit dem Titel „Linke Standortförderung“ wurde im 2017 vorbereitet, jedoch verschob sich seine Durchführung aufgrund von Terminproblemen auf den Januar 2018. In diesem Kurs wurde deutlich, wie sehr sich eine linke Standortförderung vom blossen Wettbewerb um Firmen und Besitzende unterscheidet, weil für uns immer die Frage nach dem Gemeinwohl im Vordergrund steht – und zwar übre die Stadtgrenzen hinaus...

Heinz Looser, Bildungsausschuss

BERICHT AUS DER SCHULPOLITISCHEN KOMMISSION

Die Schulpolitische Kommission führte vier Sitzungen und ein Vernetzungstreffen für die SP-Schulbehörden im Jahr 2017 durch.

Das diesjährige Vernetzungstreffen fand unter dem Titel „Alles einerlei? Was bedeutet Geschlechtergerechtigkeit in der Schule?“ statt.

Auf den ersten Blick könnten wir heute davon ausgehen, dass mit der Einführung der Koedukation in der Schule Jungen und Mädchen die gleichen Chancen und Rechte in der Bildung haben. Wirft man jedoch einen Blick auf die tatsächliche Gleichstellung wird klar, dass diese im Schulalltag noch nicht vollumfänglich gelebt wird. Mädchen und Jungen brauchen Vorbilder und Angebote, die ihnen vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Anlässlich des Vernetzungstreffens diskutierten wir den Beitrag der Schule in diesem Bereich. Insbesondere in Bezug auf die Berufswahl, kann die Schule den stereotypen Rollenbildern etwas entgegensetzen.

Nach dem erfolgreichen Start der Pilotschulen „Tagesschule 2025“ wurde die Erweiterung des Projektes vorbereitet. Die SPK thematisierte gemeinsam mit GemeinderätInnen und Schulbehördenmitgliedern die mögliche Weiterentwicklung des Modells. Insbesondere kristallisierte sich dabei heraus, dass die Tagesschule in Zukunft feste Hausaufgabenstunden im Tagesablauf integrieren sollte und so die pädagogische Ausrichtung weiterentwickelt, damit die Bildungsgerechtigkeit verbessert werden kann.

Kommissionsmitglieder und GemeinderätInnen haben sich mit Budget im Schulbereich befasst. Es ist uns wichtig, dass im Rahmen des Budgetprozesses der Stadt Zürich, von SP-Seite die Sparvorschläge genau und im Einzelnen geprüft werden.

Im Zuge der Verwaltungs- und Behördenreorganisation im Schulbereich wurde die Auflösung der Schulkommission für die Sonderschulen und weitere sonderpädagogischen Angebote (SK SsA) vom Gemeinderat und mit einer Volksabstimmung beschlossen. Die SPK hat sich mit möglichen Varianten zur Aufgabenverteilung der SK SsA auseinandergesetzt.

Im Berichtsjahr wurden in der SPK und in verschiedenen Arbeitsgruppen die anstehenden Themen im Schulbereich besprochen. In wechselnder Zusammensetzung haben Schulbehördenmitglieder, GemeinderätInnen und Schulinteressierte Themen wie Integration, Tagesschulen, Flüchtlingskinder in der Schule etc. miteinander erörtert.

Andrea Hochreutener und Gertrud Zürcher, Co-Präsidium der schulpolitischen Kommission